

Wird könnte freilich, wenn es sich im größeren Maße als bisher durch die Übernahme von Unternehmungen, Aktien usw. am Wirtschaftlichen beteiligt, nicht die ganzen Vermögenswerte der Unternehmungen zur Deckung des Staatbedarfs verwenden, sondern es müßte auch, wie das die privaten Unternehmer getan haben, beträchtliche Summen zur Verbesserung und Vergrößerung der Betriebe verwenden.

Über auch wenn die großen Vermögen und Einkommen noch so stark angefaßt werden, so werden doch diejenigen der breiten Massen noch nicht von schweren Steuern befreit werden können. Die Löhne, die wir jetzt nach dem Kriege erhalten müssen, sind so unannehmlich gering, daß unbedingt auch die Steuerkraft der Arbeiterklasse vom Staat in erheblichem Maße in Anspruch genommen werden muß. Solange unsere Volkswirtschaft noch nicht sozialistisch organisiert ist, hat die Bekämpfung der sozialistischen Einkommen und Vermögens Grenzen. Man kann meistens nicht das ganze kapitalistische Einkommen einfach wegschneiden, weil sonst jede Kapitalbildung und damit jeder volkswirtschaftliche Fortschritt aufhören würde.

Sollen die Löhne, die das deutsche Volk infolge des Krieges zu tragen hat, erträglich sein, so werden sie allein durch Steuern überhaupt nicht aufgebracht werden können. Es muß versucht werden, dem Staat und den Gemeinden erhebliche Mittel dadurch anzuschaffen, daß in großer Weise durch eine Verbesserung der Organisation unserer Volkswirtschaft Ersparnisse gemacht werden, die zur Deckung des Staats- und Gemeindebedarfs verwendet werden können. Bei der Einführung großer Monopole können zweifellos durch wirtschaftliche Organisation der Produktion und Verteilung große Summen herangezogen werden, die Reich, Staat und Gemeinde ausreichen würden, ohne daß damit eine erhebliche Belastung der Verbraucher verbunden wäre. Freilich lassen sich solche Monopole nicht durchführen, ohne daß man die bisher selbständige Existenz verdrängen müßte. Aber das wird unsere Regierung nicht abhalten dürfen, diesen Weg zu gehen. Man kann dem deutschen Volk nicht verlangen, daß es wegen jahrelanger Unterdrückung Steuern kauft, weil man schließlich auf jeden Kaufmann oder Fabrikanten, der vielleicht bei Einführung eines solchen Monopols sein Geschäft aufgeben müßte, Rücksicht nimmt. Den Leuten, die durch beratungswürdige Maßnahmen gehindert werden, muß ebenmäßig eine reichliche Arbeitslosenunterstützung gesichert werden. Das deutsche Volk aber hat auch einen Anspruch darauf, nun recht bald zu erfahren, was die Reichsregierung tun will, um die Lasten, die ihm der Krieg auferlegt hat, einigermaßen erträglich zu machen.

Proteste gegen General Sallers Anordnungen.

Danzig, 3. Mai. Der deutsche Verband für Westpreußen hat in Danzig die immer dringender werdende Haltung der Polen nachfolgendes Telegramm an die maßgebenden Reichsbehörden geschickt: Die Rede Sallers in Krakau und besonders die daraus resultierenden Beschlüsse der polnischen Regierung, die die polnische Armee zum Angriff auf die deutsche Ostmark bestimmt ist, zur Genüge. Neben andern polnischen Propagandazentralen bearbeitet die polnische Gesellschaft zur Wiedergewinnung systematisch die öffentliche Meinung des Auslandes. Wir fordern daher die Verhinderung weiterer Sendungen Sallerscher Truppen durch Danzig.

Hierzu wird von zünftiger Stelle erklärt: Es ist bestritten, daß die Sallerschen Truppen unter keinen Umständen zu Angriffen auf deutsches Gebiet herangezogen werden dürfen. Wegen besonderer äußerer Bewegungen ist bekanntlich im Zusammenhang mit der polnischen Ostfrage ein Generalsbefehl an die Sallerschen Truppen erlassen worden. Bis zum Eintritte der Sallerschen Truppen nach Danzig ist die Reichsregierung, sofern nicht besondere Umstände eintreten, keine neuen Maßnahmen ergreifen. Auch die Verdrängung der Sallerschen Truppen aus polnischen Gebieten ist nicht Gegenstand der Reichsregierung. In der neuen die anzuwendenden Bestimmungen Sallers' erhoben wird. Unter andern wird gesagt: Niemand kann Deutschland zusetzen, daß es selbständiger Truppen durch sein Gebiet führt, die die Waffen gegen Deutschland zu erheben beabsichtigen und die sich gegen die geltenden Garantien binnen kürzester Zeit von den Alliierten abgeben werden, so richten wir an die Reichsregierung die dringliche Bitte, weitere Anordnungen der Sallers' nicht zuzulassen. Die Rede des Oberbürgermeisters hängt aus in die Worte: Danzig ist deutsch und soll deutsch bleiben.

Berlin, 3. Mai. Die Deutsche Wg. Wg. erzählt, beruht die Note, die der Reichsanwalt Geisberger wegen der Gefahr eines polnischen Angriffes auf deutsches Gebiet an Reichsamt Hoch geschickt hat, auf Ratsbeschlüssen. In der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses haben alle beteiligten Behörden, insbesondere auch die Oberste Heeresleitung, ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit des Schutzes Ausdruck gegeben. Auch General Seiner trat dafür ein, den Durchzug der polnischen Truppen sofort zu stoppen, wenn die Polen neue Angriffe unternehmen. Wie wir weiter erfahren, hat die Note auch insofern günstig gewirkt, als von Seiten der Entente betont worden ist, daß sie von einer Abwehr der Polen, einen Angriff auf deutsches Gebiet zu unternehmen, nichts bekannt sei. Es ist also anzunehmen, daß, wenn solche Wünsche auf polnischer Seite bestehen, sie von der Entente nicht unterstützt werden.

Anschwellen der oberschlesischen Streikbewegung.

Reutem, 3. Mai. Bei der gestrigen Mittagsstunde hat die Zahl der Streikenden in Obereschien eine keine Erhöhung erfahren. Die Forderung des Streiks hat nachmittags 2 Uhr die Arbeit niedergelegt und fordert die lebensfähige Arbeitszeit. Ein Steiger und zwei Fahrstühle wurden nach dem Beendigung geschleift und mißhandelt. Belegten ist der Schweißschicht der Kohlengrube in den Ausbaugebiet. Die Belegschaft streikte gegen aus Sympathie für die Kommunisten und heute für die Polen. Auf der Feinschicht der Reutem war die Belegschaft gestern zur Arbeit erschienen. Die Beamten dagegen, Obersteiger und Steiger waren in den Abwechselfeld getreten als Protest gegen die verlangte Abfertigung einiger Beamten. Zur Regelung der Angelegenheit soll heute vormittag eine Konferenz zwischen dem obereschieschen Staatskommissar und der Belegschaft stattfinden.

Kattowitz, 3. Mai. Infolge des heutigen polnischen Nationaltages sind etwa 40 bis 50 Prozent der oberschlesischen Arbeiter in dem Zustand der Streik. Der allgemeine Streik, der mit dem letzten Spartakistenputz in Verbindung steht, dauert noch an.

Kattowitz, 3. Mai. Der Streik in dem Lichterfeld-Bezirk ist beendet. Auf die Verfügung des Staatskommissars für Obereschien, für Kohlenarbeiter den Arbeitsgang einzuführen, erhielten etwa 10 Prozent der streikenden Kohlenarbeiter die Verfügung, die Arbeit wieder aufzunehmen. Infolgedessen entschloß sich die streikende Belegschaft gestern abend 9 Uhr, das Lichterfeld wieder in Betrieb zu setzen. Es sind Vorbereitungen getroffen worden, um Obereschien gegen eine Wiederholung solcher bezweckender Putz zu sichern.

Die Prüfungsstunde der Demokratie.

Wir befinden uns in einem wirtschaftlichen und politischem Uebergangszustand, das eine solche Fülle von Schwierigkeiten und Problemen aufweist, daß die Frage immer dringender wird: Wie können wir aus dem Wirrwarr heraus kommen und wie können wir zur Klärung neuer Verhältnisse, zu neuen Prinzipien? Das größte Hindernis der Revolution ist es, daß sie keine einheitliche Art und Weise der Durchführung hat. Die Arbeiterklasse ist dem Zustand der Revolution über die Ziele derselben einig, sie ist aber nicht einig über die Mittel, die sie zur Erreichung dieser Ziele anzuwenden hat. So aber erstreckte sich der Kampf um die Formen der Volksherrschaft mit seinen Folgen von Wirtschaft, Politik und Militärverrichtungen. Die Unabhängigen hatten es bald mit der alten Verantwortung für die Volksherrschaft an realer Stelle mitzutragen, sie fanden es mühsamer und einträglicher, in Kaputt zu machen. Der zweite Hebelhand ist der, daß die Wahlen zur Parteienvermittlung keine sozialistische Mehrheit ergaben, das heißt, die Gewerkschaften in der Regierung sind bei allen entscheidenden Maßnahmen auf die Hilfe und die Zustimmung der Demokraten angewiesen, die zum größten Teil bei allen Krisen mit es auf sozialistische Initiative ankommt, außer unklare Antworten sind. Die Dinge haben aber heute so, und das ist bei aller Schwere des demokratischen Prinzip als einmalig, daß die Not der Arbeiter und für die Volkswirtschaft entscheidenden Stellen nach schnellen sozialistischen Maßnahmen fürht.

Ein anderer Hebelhand ist der, daß der Wille der neuen Männer an leitenden Stellen noch nicht die Kraft zu haben scheint, durch den überfälligen bürokratischen Apparat hindurch, in dem noch viele alte Köpfe der alten Ordnung sitzen, bis in die letzten Ausläufer des öffentlichen Lebens zu wirken.

Die Ohnmacht der heutigen Demokratie besteht darin, daß die Autorität der kapitalistischen Wirtschaft sich nicht aufheben lassen, aber andererseits die Macht der Arbeiter noch nicht genug ist, um sich als Produktionsleitung nach helfen zu können. Wir sind ein wirtschaftlich entwirrtetes Volk geworden. Dieser Zustand ist unheilbar und führt in den Abgrund. Zwei Wege sind offen: entweder die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse wird wieder hergestellt, oder es wird konsequent der Weg zur Sozialisierung beschritten und unter fester Herrschaft aller Arbeiter demokratisiert. So können die Sozialisten die Sache nicht besser, einhe Uebelstände bei der schnellen Heberleitung in die Gemeinwirtschaft mit in den Kampf zu nehmen, als noch länger im gegenwärtigen Zustand, der vom Verfallsstadium des Kapitalismus und von dem sich lösenden Staat zu sein. Es ist den streikenden Arbeitern nicht ohne Recht vorgeworfen worden, daß sie unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten, oder nicht minder tun das die Kapitalisten. Die Arbeiter der Gegenwart einer Lebensbewegung, um ungeheure Produktionskräfte zu konstruieren. Sie werden bei der Anwesenheit noch ungenutzte Dividenden aus und kräften die Arbeiter aus, ohne Rücksicht auf die dadurch erfolgenden Schwächen der wirtschaftlichen Kraft und der so häufigen Werten. Ganz abgesehen davon, was an Kapitalvermögen nach dem Auslande geschleppt wird.

Die Demokratie erlebt ihre Prüfungsstunde. Koch hat sie nicht, die besten benutzt zu werden. Sie ist nur eine Form, die veraltete Welt aber verlangt Umwälzung, und die Tatsache, ob sie gewollt und möglich ist, diesen zu geben, wird ihren Bestand sichern oder zerstören.

Wortbuben oder Irrsinnige?

Das in Chemnitz erscheinende Kommunistenblatt Der Kämpfer hatte nach der Ermordung Reutings geschrieben: „Nicht wir haben den Nord gepollt! Und ein Lumpenband ist jeder, der uns der Wilschuld verdächtigt!“ Diese Schimpfereien richtete sich gegen unter Chemnitzer Parteigenossen, die Volkstimme, die die ideologische Wortbuben mit Recht auf die maßlos verheerende und irreführende Agitation parteipolitischen Elemente zurückzuführen hatte. Wie zutreffend das war, dafür liefert der Kämpfer jetzt selbst den Beweis. In seiner Dienstagausgabe steht ein Wort, das allen anständigen Menschen, all unierten Parteigenossen, denen das Leben ihrer Mitmenschen noch als etwas heiliges gilt, in die Köpfe gedämmert werden sollte, damit sie wissen, welche Gesellschafft diebsten, jenseits der Linie steht. Hören wir:

„In Schandau und Königsitz — den „Schwarzen Winkeln“ von Freidorf früherem Wahlkreis — haben sich die Grabauer und Konforten eingekerkert. Man kann nie wissen, was passiert — und das Schicksal Reutings schreibt. Ihnen ist die Erde in Schandau und Königsitz ebenso nahe wie in Dresden.“

Der Ausdruck des parteipolitischen Unabhängigen Vernard Menke: „Ist das wohl Angst vor der Erde?“, mit dem er den Genossen Freidorf in der letzten Volkstammerversammlung bedachte, steht auf derselben Stufe wie die bodenlose Wobei, die sich der Kämpfer geleistet hat. Welche Aussprüche weisen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit auf die intellektuellen Urheber aller solcher Schandlichkeiten hin, wie sie an Genossen Reutings begangen wurden. Die Chemnitzer Volkstimme, der wir das Kämpfer-Zitat entnehmen, sagt dazu:

„Bedarf es noch einer Erklärung, was diese Worte bedeuten? Glaubt hier nicht hinter der unklaren Sprache des angeblichen kommunistischen Ideals der kalte, blutige Wort? Klar und scharf und wuchtig stellen wir fest: man droht den andern Arbeiterkassen in der Regierung mit demselben Schicksal, in der Erde wie ein Hund erdäugt zu werden, wie es Reutings ergangen ist! Das ist das ungeschickteste Verleumdung einer Politik, die alle diejenigen mit dem Tode bedroht, die nicht ihrer Meinung sind. Es ist gut so! So wissen wir alle, was uns — die Vertreter der alten Sozialdemokratie — und jene — die Vertreter des aus dem Krieg geborenen Volksweltbewegung — voneinander trennt. Es ist gut so, weil wir nun endlich sehen, woran wir sind. Denjenigen unserer sozialistischen Brüder, die sich in andern Lager befinden und gleich das Verbrechen am Menschenleben mitbilligen, können wir zur Genugung die Hände entgegenstrecken — den Wortbuben aber niemals! Nie und nimmer werden sich überzeugte Sozialdemokraten dazu hergeben, mit dem Ausbruch der Revolution gemeinschaftliche Sache zu machen. ... Wer erinnert sich nicht an die mit Gummihäutchen und Dolchmesser bewaffneten Streikbrechergarden von früher? Heute sind Handgranaten und Karabiner an die Stelle getreten, die Personen sind aber dieselben geblieben. Denn diese, nur diese allein sind es, die den roten Erzeugnis als Komplizen propagieren, nicht die anständigen und nur irreführenden Mitglieder der kommunistischen Partei. Daß die Führer der

Kommunisten aber sich weichenberwandelt haben mit diesem Auswurf der menschlichen Gesellschaft, daß sie anstreben jene ewige Schandtat zur Tat zu setzen, das wird ihnen ewige Schanden bleiben.

Deutsches Reich. Bruderkrieg in Stettin.

Stettin, 3. Mai. Die ausländischen Buchdruckerlehrlinge lehren die Leute um 184 gegen 145 Stimmen den Antrag ab, die Arbeit in den Druckereien sofort wieder aufzunehmen. Die ihre Forderungen bewilligt haben, um in neuen Verhandlungen mit den Druckereibesitzern die Annahme ihrer Forderungen, die auf eine vollständige Lohnsteigerung von 25 % gehen, auch in allen anderen druckereibeherrschenden Betrieben durchzusetzen. Unter diesen Umständen können die Stettiner Zeitungen vorläufig nicht erscheinen. Es ist aber nach den Schluß der ausländischen Arbeiter beschlossen, daß die Arbeit in den Zeitungsdruckereien, die die Forderungen bewilligt haben, am Montag wieder aufgenommen wird.

Königsberg im Dunkeln.

Königsberg, 3. Mai. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes sind wegen Schlichterlosigkeit ausständig. Die Licht- und Kraftversorgung der Stadt ruht.

Gewerkschaftsbewegung. Die Dresdner Metallarbeiterorganisation im 1. Vierteljahr 1919.

In der Generalversammlung der Dresdner Metallarbeiterorganisation am 24. April erhaltener Jahresbericht des Vorsitzenden über den 1. Vierteljahr 1919. Der Jahresumsatz von 349 570 Mark (gegen 325 000 Mark im Jahre 1918) hat sich im Vergleich mit dem Vorjahr um 7 570 Mark erhöht, während von dieser 180 000 Mark Aufschlag übersteigend wurde. In der Metallarbeiterorganisation wurden aus dem Vorjahr 232 222 Mark ausgezahlt, außerdem noch aus dem 1. Vierteljahr 1 372 664 Mark (seit Ende Dezember 1918 1 229 140 Mark) an die in der Stadt Dresden beschäftigten Metallarbeiter. Insgesamt gingen in Einnahme und Ausgabe über 3 Millionen Mark durch die Hand. Der Aufwandsbestand der Metallarbeiterorganisation betrug am 31. März 1919 1 114 000 Mark.

Zur Debatte über den Jahresbericht. Gewaltige Aufgaben sowohl im Außen- als Innenbereich waren zu bewältigen. Am Quantitätsstand waren 53 Angestellte, darunter 27 Arbeiter, beschäftigt. Die Mitgliederzahl lag um 7 500 auf 31 342, darunter 9 128 weiblich. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 13 400. 23 Lohnbewegungen für 27 Betriebe mit 16 769 Mitgliedern wurden durchgeführt. Erfolgreich erzielten drei Bewegungen, darunter zwei sogenannte „wilde“ Streiks mit 428 Beteiligten. Außerdem wurden aus wirtschaftlichen Ursachen im Mitgliederbezirk ohne Zustimmung der Verbandleitung noch einige wilde Streiks geführt. Zu diesen Bewegungen kamen der Beschluß der allgemeinen Parteivollversammlung, durch die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Dresdner Betrieben vertraglich geregelt sind. 42 Lohnbewegungen wurden in das 2. Vierteljahr übernommen. Arbeitslos waren in der ersten Januarwoche 3275, Mitte Februar 5012 (Schichtlohn) und in der letzten Woche des März 5418 Mitglieder, davon über die Hälfte weiblich. In der nächsten Monaten stehen erste Aufgaben bevor. Unersetzlich ist, daß auch die politische Schlichterleitung der Arbeiter auf wirtschaftliches Gebiet übergehe. Während von Seiten der U. S. P. unsern Verbandsbestrebungen entgegengebracht wird, entspringt sich der offene Kampf mit der sozialistischen Gewerkschaft, die sich mit den kommunistischen Mitgliedern, die der Auflösung entgegenstehen, die Gewerkschaftsarbeit durch das Abstreifen abgelöst werden müsse. Es muß festgestellt werden, daß in einzelnen Betrieben der Mitgliederbezirk durch die verheerende Zerstörung des Anarchismus erreicht und die dort beschlagnahmten finanziell sehr geschädigt werden, abgesehen davon, daß sie gar nicht in der Lage sind, als Unternehmern dem Unternehmern nachvollständig gegenüberzutreten zu können. Durch die aus Verarmungsstreben resultierende Notlage nach bei einem Teile der Arbeiterklasse eine völlige Begriffsverwirrung stattgefunden hat, die eine objektive Beurteilung der Verhältnisse vermissen läßt. Den eben erst der Organisation beigetretenen heißt die gewerkschaftliche Schaltung und Organisation. Das in Zukunft auf gegenseitige Umschau aufzubauende Verhältnis kann nur durch einen guten gewerkschaftlichen Wächter die Hoffnungen erfüllen, die die Arbeiterklasse auf dieses legt. Woher aber es der leitenden Unternehmung und Werkstatt oder allen Gewerkschaftsmitgliedern, um diesen gegenwärtigen Umständen nachvollständig entgegenzutreten. Die Unternehmung werde betreut sein, durch Beiträge und Hilfe über sozialistische Fragen, Betriebslehre und Schulungsarbeiten, Sozialpolitik, Arbeit, Arbeit, Arbeit usw. unter den Mitgliedern ausfindig zu werden.

In der Aussprache blühten verschiedene Redner den Ausführungen bei, während andere der Ansicht waren, daß die Haltung der Verbandleitung an der Unzufriedenheit eines Teiles der Mitglieder nicht scheitern soll. Die Redner waren sich aber darin einig, daß die feste Zusammenhalt der Arbeiterklasse in der Gewerkschaft eine unbedingte Voraussetzung für die Vertretung der Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem Gebiete sei.

Darauf wurde Paul Babitski als Vorstandsvorsitzender einstimmig als 2. Vizepräsident, die Kollegen Otto Pfänder aus Berlin und Hermann Schmidt aus Dresden als Gewerkschaftsleiter gewählt.

Der Kontrakt der Holzindustrie.

Bei im ersten Vierteljahr die Neuordnung der Holzindustrie, Holzwerke und Holzwerke Grundvollkommen. Differenzen in der Holzindustrie, der großen Schicht, den U. S. P. Mitgliedern und den Kommunisten sind zum Glück der ausstehenden Konflikte aufgehoben worden. Der Vertreter der Kommunisten, bei dem der Kontrakt des Verbandes vorschlag, ließ sich in Verhandlungen über den Kontrakt nicht ein. In der letzten Verhandlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Mitgliederversammlung beauftragt es tief, daß bei den Verhandlungen in den Holzbetrieben mit Herrn Direktor Holzwerke dem Vorhaben, ohne daß dieser zu Werke kam, in letzter Zeit und die Holzwerke gemindert wurde. Derartige Verhältnisse fordern zum sofortigen Abbruch. In dem den 5. Mai stattfindenden Verhandlung wurde der Verfassende Beschluß gefaßt. Die Kontraktlegende mit den Holzbetrieben ist dem Schlichtungsausschuss übergeben worden. Die Mitglieder werden darauf hingewiesen, die Dresdner Volkstimmung zu unterstützen, da Verhandlungsergebnisse nur in dieser Zeitung erscheinen.

Vorbereitungen der Eisenbahnarbeiter.

In der letzten Versammlung der Abteilung Eisenbahnarbeiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Dresden wurden hauptsächlich die Aufgaben der Eisenbahnarbeiter im Vergleich mit den neuen Arbeiterkassen besprochen und betont, daß es unheilbar sei, wenn der Beamte bei 25 und 30 Dienstjahren monatlich 115 M. weniger bekommen sollte als ein Arbeiter mit 10 Dienstjahren. Die Verhandlung wurde durch den Eisenbahnerverband persönlich zu besorgen und die Vorbereitung zu betreiben, daß den Beamten der fehlende Betrag als Ausgleichsleistung gezahlt werden solle, und zwar bis 5. Mai. Die weiteren Wünsche der Eisenbahnarbeiter wurden in großem Maße berücksichtigt, die die Verhandlungsergebnisse ebenfalls sofort bei der Generalversammlung besprechen und beschließen soll.

Stadt-Chronik.

Die Lebensmittelversorgung der Stadt Dresden.

Verteilung von Rindfleisch.

Der städtische Lebensmittelamt hat gestern eine Sitzung ab, in der folgendes beraten wurde: Die etwa 800.000 Dosen Rindfleisch, die zur Zeit zur Verteilung verfügbar sind, sollen diesmal der gesamten Bevölkerung zugute kommen, und zwar in der Weise, daß auf je zwei Erwachsene der Lebensmittelkarte eine Dose Rindfleisch verteilt wird. Hierbei soll an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre auf den Stammschnitt der Lebensmittelkarte je eine Dose Rindfleisch abzugeben werden. Ferner sollen Personen über 60 Jahre auf den Stammschnitt der Lebensmittelkarte je eine Dose erhalten und schließlich Kinder im 7. und 8. Lebensjahre, die jetzt von der Rindfleischverteilung völlig ausgeschlossen sind, 1/2 Dose Rindfleisch, die aus Rindfleisch ausgewogen werden muß, also nicht in Dosen geliefert wird. Der Rest wird mit 10.000 Dosen dem Militär zugewandt und im übrigen den städtischen Kaufmannschaften zugewandt. Die Verteilung im einzelnen sowie die Verteilung durch den Ernährungsbeirat. Sachverhalte hierzu wird noch bekanntgemacht.

Ernährungszulagen für Schulkinder.

Im vergangenen Semester sind durch die Schulküchen in den städtischen Volksschulen diejenigen Kinder ausgewählt worden, die insbesondere bei Verdacht von Tuberkulose und bei Mangelernährung eine Ernährungszulage besonders bedürftig waren. Teilen wurde auf acht Wochen täglich 1/2 Liter Milch oder wöchentlich 1/2 Pfund Fleisch gewährt. Der Lebensmittelamt hat sich dafür ausgedrückt, die gleiche Maßnahme auch in diesem Jahre wieder durchzuführen und sie auszuweiten auf ernährungsbedürftige Kinder der höheren Lehranstalten, und zwar bis einschließlich Internatisten.

Das Ergebnis der Kartoffelabgabe.

Weiter wurde Bericht erstattet über den Erfolg der vom Landeslebensmittelamt angeordneten Ablieferung von auf den Stammschnitt der Lebensmittelkarte bezogenen Kartoffeln. Eingekauft auf den Stammschnitt sind in Dresden rund 120.000 Personen, denen rund 417.000 Rationengröße gegenüberstehen. Nicht abgegeben haben rund 4.800 Personen, während rund 81.000 Personen ihrer Ablieferungspflicht nachgekommen sind. Es sind hierdurch rund 40.000 Zentner für die Verteilung der in Wochenkarten festgelegten Rationengröße frei geworden. Der Lebensmittelamt hat sich einmütig für strenge Durchführung der angeordneten Verteilung gegen die in der Kartoffelabgabe schuldhaft säumigen ausgedrückt. Die Durchführung der Maßnahme wurde dem dem Lebensmittelamt eingerichteten Ernährungsbeirat übertragen.

Die Viehverzehrung.

Um den durch die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der Inlandsvieh aufgetretenen Mangel an Vieh zu beheben, die in einer außerordentlichen Mangelerscheinung und in unerhörter Preissteigerung bestehen, soll im Gebiete der Stadt Dresden eine freiwillige Viehverkaufsstelle organisiert werden, und zwar sollen die Verkäufer in zahlreichen Viehverkaufsstellen die Möglichkeit geregelter Abgabe ihrer Vieh gegen Gewährung einer Futterprämie von 125 Pfennig für das abgetriebene Tier haben. Als Verkaufspreis des Vieh wird 60 Pf. festgelegt. Die eingekauften Tiere sollen zur Verteilung der Kranken und Kinderbewohnern verwendet werden. Weiter wurde beschlossen, beim Landeslebensmittelamt und der Reichsregierung verbriefte Zusicherungen von Vieh zu beantragen. Da man sich jedoch auch von diesen Maßnahmen eine durchgreifende Besserung der durch die Preissteigerung des Inlandsvieh infolge aufgetretenen Mangelerscheinung nicht verspricht, wurde weiter beschlossen, beim Landeslebensmittelamt die sofortige Wiedereinführung der Viehgewerbeverpflichtung und, falls dies abgelehnt werden sollte, zum mindesten die Wiedereinführung von Höchstpreisen für Vieh zu beantragen.

Brost und Mehl.

In der Verordnung über die Brost- und Mehlversorgung des Gemeindevorstandes Dresden und Umgebung ist die Bestimmung enthalten, daß der Brostverkauf für die kommende Woche bereits am vorhergehenden Sonnabend, mittags 12 Uhr, beginnen könne. Um den Schwierigkeiten der Durchführung dieser Verordnung zu begegnen und einem vielfach geäußerten Wunsch der Verbraucher zu entsprechen, beschloß der Ausschuss, sich für eine Ausdehnung des Brostverkaufs auf den ganzen Sonnabend auszusprechen, gegen eine weitere Vorbereitung des Brostverkaufs jedoch, wie überhaupt gegen jede vorzeitige Verteilung von Lebensmittelkarten mit Zurückbehaltung einzusetzen. In derselben Verordnung ist das Verbot des Kochens badens in Haushaltungen enthalten. Durch die vermehrte Wohnbevölkerung, insbesondere durch die Zuzugung des hochmilitärischen Besatzes, ist das Bedürfnis nach Aufhebung dieses Verbots entstanden. Der Ausschuss beschloß, die Aufhebung dieses Verbots beim Landeslebensmittelamt zu beantragen, hinsichtlich des Aufhebungsverbotes in Kaffee- und Konditoreien es jedoch bei dem jetzigen Zustande zu belassen.

Nährmittelverteilung.

Weiter nahm der Ausschuss von der für die laufende Woche beabsichtigten Nährmittelverteilung Kenntnis, wonach die

Zusstellung an die Inhaber der C-Karten (Einkaufskarte) am 1. Juni erhöht werden ist, so daß in der laufenden Woche einzelne Nährmittel nach folgenden Zügen verteilt werden: Kinder und Jugendliche je 2 Pfund, Personen im Alter von über 18 Jahren je 1 1/2 Pfund.

Die Erbin des Reichsverbandes.

Der Tag wäre für die Unabhängige Volkszeitung verloren, an dem sie die Dresdner Volkszeitung einmal nicht angepöbelte hätte. Ein Kaufmann, der irgendeinen Menschen anempfehlen will, braucht dazu keinen Grund — auch die Unabhängige braucht keinen. Das heißt: vor ihren Lesern braucht sie ihn schon. Aber darum ist sie nie verlegen — sie weiß ein Ding zu drehen. Und sie dreht es.

Der Mainumner unseres Blattes lag ein Flugblatt bei. Wäre es eine Reklame für Stiefelwäpfe gewesen, so hätte selbst die erfindungsreiche Unabhängige nicht damit anfangen können. So aber war es jenseitig ein Aufruf für den Grenzschutz. — Die Unabhängige weiß natürlich, daß auch die Verbreitung dieser Zeitschrift ein geschäftlicher Auftrag ist, dessen Ausführung mit der Zeitung so viel oder so wenig zu tun hat wie die Verbreitung irgendeiner Geschäftszeitung. Aber sie will trotzdem. Also dreht sie das Ding und macht daraus ein „Rationalblatt der Dresdner Volkszeitung“. Warum auch nicht? Auf eine Falschheit mehr oder weniger kann es in diesen Blättern wahrhaftig nicht mehr ankommen. Und der jetzige Reichsverband gegen die Sozialdemokratie kann ruhig schlummern — die Unabhängige Volkszeitung ist kein gefährlicher Nachbar. Sie hat die Schamlosigkeit in der Wahl der Mittel restlos geerbt, die den Reichsverband auszeichnet und ihn zum Gefährlichsten aller anständig Denkenden machte.

Auf dem Wege zur sozialistischen Schulreform.

sk. Tag wiederholter Aufklärung durch Besuche und Vorträge bestehen in der Arbeiterschaft doch noch große Unklarheiten über das sozialistische Schulprogramm und seine Verwirklichung. Das Ziel der sozialistischen Schulreform ist die weltliche Einheitschule, d. h. es soll ein organisches Schulsystem geschaffen werden, das alle bisher ohne Rücksicht aufeinander arbeitenden Schulgattungen umfaßt, und es jedem Kinde ermöglicht, die seinen Fähigkeiten entsprechende denkbar beste Ausbildung zu erlangen. Weiter war es beabsichtigt, dem die erste Klasse einer Volksschule vertretenden hochbegabten Schüler unmöglich, auf die seinem Alter entsprechende Klasse einer höheren Schule überzugehen. Er war auf ein wieses Geis geachtet und hätte nur unter großen Geld- und Zeitaufwand auf das zur Unterstufe führende Geis gelangen können. Diese Opfer konnte er gewöhnlich nicht bringen, und so wurde er in einen seiner Natur oft barock nicht entprechenden Beruf gezwungen, in dem er keines Lebens nicht froh werden konnte. Darum fordert die Sozialdemokratie eine gemeinsame Grundschule für alle Kinder unseres Volkes. Nach Besuch dieser Grundschule werden sie ihrer Begabung entsprechend in die verschiedenen Mittelschulen (Gymnasien, Realschulen, technische und Handelsschulen usw.) übergeführt, von denen aus sie wieder in einen praktischen Beruf oder auf die Hochschule gelangen.

Jeder einseitige Mensch wird verstanden, daß ein solches harmonisches Schulsystem nicht von heute auf morgen zu schaffen ist. Da ist zu erwägen, wie viele Jahrgänge Grund- und Mittelschule umfassen sollen, und die Anknüpfen darüber geben sich auseinander. Ferner: Soll die Grundschule den gleich in Lehrplan haben wie die jetzige Volksschule, soll sie besondere Begabtenklassen enthalten, sollen die bisherigen Gattungen von höheren Schulen bestehen bleiben, soll man neue hinzufügen (z. B. das technische Gymnasium Herckensteiners) oder soll man eine einheitliche höhere Schule mit wenigen für alle Schüler verbindlichen Fächern schaffen, in der die bisher unterschiedlich behandelten Gegenstände von den Schülern nach Begabung gewählt werden (alte und neuere Sprachen, Mathematik, Naturwissenschaften), wer hat die für die Mittelschule fähigen Schüler auszuwählen, der Grundschullehrer oder der Mittelschullehrer, welcher Einfluß auf den Bildungsgang ihrer Kinder soll den Eltern belassen werden, in welcher Weise wird der Staat die begabtesten Begabten bis zum Abbruch der Hochschule durchzuführen, sollen mit den Mittelschulen Internate verbunden werden oder nicht, sind die Seminare aufzuheben und die Mittelschullehrer in gleicher Weise auszubilden wie die Grundschullehrer?

Diese und tausend ähnliche Fragen sind gründlich zu erwägen, ehe man den stolzen Bau der deutschen Einheitschule aufbrechen kann. Man hat bereits begonnen, an dem Geleg-

entwurf, der sie uns bringen wird, zu arbeiten; aber nur ein unpraktischer Utopist kann glauben oder fordern, daß sie in wenigen Wochen oder Monaten Wirklichkeit werde.

Trotzdem wäre es grundfalsch, bis dahin alles beim alten zu lassen. Daß das nicht die Absicht des Ministeriums ist, hat es bewiesen, 1. durch die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, 2. durch die Abschaffung des Lateinunterrichts und 3. durch die Einführung der allgemeinen Volksschule. Die Bedeutung dieser Maßnahmen zu würdigen und zu zeigen, wie vor Durchführung des Einheitschulprogramms der Arbeiter bereits dessen Segnungen in gewissem Maße vorwegnehmen kann, wird die Aufgabe eines weiteren Aufsatzes sein.

Der städtische Ernährungsbeirat, der von den städtischen Kommissaren durch Beschluß vom 17. April d. J. ernannt worden ist, hat die Herren Stadtverordneten John, Werthhold, Giedler und Nisch ermächtigt, die Verteilung und den Verkauf von Lebensmitteln zu überwachen und zu diesem Zweck Auskunft von den Geschäftsinhabern zu verlangen. Sie besitzen einen vom Oberbürgermeister Müller unterzeichneten und mit dem Stempel des Lebensmittelamts versehenen Ausweis. Der Ernährungsbeirat wird vor allem beschweren und Wünsche der Bevölkerung, die die Lebensmittelversorgung betreffen und die seinen Willen, dem Lebensmittelamt oder der Presse bekannt werden zu lassen, erörtern und für Abhilfe besorgen. Auch soll die Bevölkerung nach mehr als bisher durch die Presse aufgeklärt werden. Ferner wird der Ernährungsbeirat in enger Verbindung mit dem Lebensmittelamt streng darauf bedacht sein, den erlassenen Verfügungen nachdruck zu verleihen und übermäßige hohen Preisbildungen entgegenzutreten.

(R.) Beim Ministerium für Wirtschaften und unter der persönlichen Aufsicht des Herrn Ministers laufen täglich zahlreiche Gesuche um Anstellung als Hilfsarbeiter, Hilfskassierer und dergleichen im Dienste des Ministeriums oder der städtischen Verwaltung ein. Diese Gesuche und bitten können leider fast ausnahmslos keine Berücksichtigung finden, da keine freien Stellen vorhanden sind und im Gegenteil der fortwährende Mangel an Arbeitskräften und die weitere Einschränkung aller öffentlichen Einrichtungen eine dauernde Verringerung des Personalstandes in absehbarer Zeit wird deshalb ein Bedarf an Hilfskräften im Ministerium nicht eintreten, da für einzelne etwa freierwerdende Stellen bereits zahlreiche Vorwahlen von ehemaligen, zum Teil Kriegsgesessenen, Vorkriegsbeamten vorliegen.

Sollte wider Erwarten in einem Verwaltungsbezirk größerer Bedarf an Hilfskräften eintreten, so wird dies in der Regel durch Bekanntheit der öffentlichen Arbeitsämter oder beruflicher Organisationen geordert werden kann.

Zugverbindungen Berlin—Wien über Leipzig—Regensburg—Passau. Die zur Zeit täglich nur zwischen Leipzig und zwei bestehenden Nachtzügen D 26 und D 21 werden von jetzt an 3 mal wöchentlich zwischen Berlin und Wien durchgeführt, so daß sich folgende Verbindungen ergeben:

D 26 ab Berlin Sonnabends und Dienstags abends 9.20, ab Leipzig Spt. Sonntags und Mittwochs früh 12.49, in Regensburg abends 8.03, in Passau 10.19, in Wien Spt. nachmittags 5.50 Sonntags und Mittwochs.

D 21 ab Wien Spt. Sonntags und Mittwochs 12.10 mittags, ab Passau abends 7.40, ab Regensburg 10.08, in Leipzig Spt. Sonntags und Donnerstags früh 5.04, in Berlin 8.17.

Zeitliche Experimente führte in vollbesetzten Brustschulsaale Augen der Kubini vor. Man hat solche Vorführungen der magnetischen Bildübertragung ja schon oft gesehen, aber das Erstaunliche bei Kubini ist, daß er auch Rückfrage mit großer Sicherheit ausführt, ohne dabei mit seinem Auftragneber in äußerer Verbindung zu stehen. Dieser steht frei dabei oder geht hinter Kubini her und blickt nur alles, was sich jener denkt. Sehr spannend und sehr geistreich sind namentlich das Gedächtnis- und das Wiederholungs-Experimente, die nicht immer gelangen. Es werden diese im Briefe gebildet sein, ob nicht in den Fäden, in denen die Zahl erstarrt wurde, die sich ein anderer bezieht, ein bestimmter Teil dahinter steht. Auch die hypnotischen Experimente, die Kubini zum Schluß an Gruppen und an einzelnen Personen vornahm, gelangen nicht in allen Fällen. Es zeigte sich im allgemeinen, daß eine möglichst große Lieber-einstimmung zwischen Auftragneber und Aufzuführenden vorhanden sein muß, ähnlich wie zwischen den Apparaten der Funktelegraphischen Stationen, wenn die Gedanken- oder Bildübertragung auf funktionieren soll. Der Abend hat jedoch so viel des Interessanten und Erstaunlichen, daß die Zuschauer mit viel Beifall quittieren. ma.

Der Herr Tierärztliche Dresden prämierte sechs Hundehalter aus der Gemeinde-Stiftung mit je 25 Mark.

Renner Mäntel



Unsere Mantel-Abteilung zeigt stets eine große Auswahl in gediegenen und vorteilhaften Mänteln, sowohl in farbigen, als auch in schwarzen Stoffen. Sie sind bekannt durch ihre Güte und zeichnen sich durch geschmackvolle Formen und haltbare Stoffe aus.

Mantel aus schwarzem, gerauhten Stoff, halb auf Seidenfutter gearbeitet, 130 cm lang (siehe Abbildung) M 298.-

Mantel aus sandfarbigem, gestreiftem Stoff, losfallende, Kleidform mit Gürtel, moderner Kragen, 110 cm lang (siehe Abbildung) . . . M 114.-

Mantel aus dunkelblauer Seide, guter Regenschuh, lose Form, mit Rundgürtel und modernem Kragen, 130 cm lang (siehe Abbildung) M 368.-

Mantel aus hellem, feingestricktem Stoff, lockerer Schnitt mit Rundgürtel und aufgesetzten Taschen, Kragen offen u. geschlossen tragbar, 110 cm lang 148.-

Jacke aus schwarzem, gerauhten Stoff (Cheriot), flotte Sportform, aufgesetzte Taschen und Rundgürtel, der Kragen ist hochstellbar, 85 cm lang . M 111.-

Mantel aus schwarzem, weichen Stoff (Cheriot), große aufgesetzte Taschen, Rücken mit breiter Faltenlage, feillicher Gürtel, 110 cm lang . . . M 273.-

Mantel aus weinrotem und blauem Stoff, Gürtel und Taschen mit Zierfeperei, ediger Kragen, offen und geschlossen zu tragen, 110 cm lang . M 206.-

Mantel aus hellem, grünlichen Stoff, moderne Form, mit auspringenden Falten und Gürtel, große Taschen, Kragen offen u. geschlossen tragbar, 125 cm lang 349.-

Renner

Dresden Wilmart

Die hier angezeigten Waren sind unter dem Schutz der „Zeitung-Anzeige“ geschützt und können auf Verlangen sofort vorgezeigt werden.

Die hier angezeigten Waren sind unter dem Schutz der „Zeitung-Anzeige“ geschützt und können auf Verlangen sofort vorgezeigt werden.

